

A11 Wichtige Sachen

Antragsteller*in: Saarpfalz

Der BDKJ Speyer ist tief betroffen über das Ergebnis der Europawahlen 2024, bei denen ein Drittel der Sitze des Parlaments von rechten Parteien besetzt wurde. Auch bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland erreichte die AfD im Großteil der Wahlkreise hohe Stimmanteile. Diese Entwicklung stellt eine ernsthafte Gefahr für die demokratischen und solidarischen Grundwerte dar, die unser europäisches Zusammenleben prägen.

Wahlalter ab 16 gilt unbedingt

16- und 17-Jährige durften dieses Jahr zum ersten Mal an der Europawahl teilnehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen (16 – 24-Jährige) vor allem Parteien gewählt haben, die nicht im Bundestag sitzen. Kurz: Politische Parteien erreichen junge Menschen nicht! Deshalb ist es unabdingbar, dass junge Menschen mit in politische Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und sie ihre Gegenwart und Zukunft aktiv mitgestalten können. Dazu gehört auch, dass politische Parteien zielgruppengerecht auf junge Menschen zugehen, um sie für politische Prozesse zu gewinnen und ihr Engagement zu fördern. Die Forderung der Senkung des Wahlalters ab 16 für alle politischen Wahlen gilt deshalb unbedingt weiterhin und ist ein wichtiger Schritt, um die politische Teilhabe und das Engagement junger Menschen zu fördern.

Besonders wichtig ist es in dieser Zeit, in der die AfD auch bei jungen Wähler*innen einen hohen Zuwachs erfährt, dass es keine finanziellen Kürzungen im Bereich der Demokratiebildung gibt. Gerade jetzt müssen wir verstärkt in die Bildung junger Menschen investieren, um die Werte der Demokratie, Solidarität und des Respekts vor Vielfalt und Toleranz zu stärken. Wir appellieren an die Politik, Projekte und Initiativen im Bereich der Demokratiebildung weiterhin finanziell zu unterstützen. Jede Kürzung in diesem Bereich wäre ein Rückschritt und ein fatales Signal. Der BDKJ Speyer wird auch weiterhin Projekte initiieren und unterstützen, die diese Werte verfolgen.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Insbesondere die Stärkung der AfD erfüllt uns mit großer Sorge. Der BDKJ bekräftigt daher erneut seine klare Haltung, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, sich ebenfalls

32 strikt von der AfD und anderen extrem rechten sowie rechtspopulistischen
33 Parteien zu distanzieren und keine Zusammenarbeit einzugehen. Demokratie und
34 Menschenrechte dürfen nicht durch populistische und extremistische Strömungen
35 untergraben werden.